



110 – Notruf von der Straße in eigener Sache

Am 15. 12. 2014 gingen in Wiesbaden und Kassel rund 4000 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße. Demonstrationen zu organisieren und den Protest und die Wut über den Umgang mit uns in die Öffentlichkeit zu tragen, gehört sicherlich nicht zu unserem Tagesgeschäft.

Dennoch, die Artikel 5 und 8 unseres Grundgesetzes gelten auch für Polizisten. Die Grundrechte der Meinungsfreiheit und des Demonstrationsrechtes für sich in Anspruch zu nehmen, macht aus Polizisten noch lange keine „Krawallmacher“, sondern ist integraler Bestandteil unserer demokratischen Ordnung.

Der Stachel sitzt auch heute noch tief, weil unser damaliger Innenminister und heutiger Ministerpräsident Volker Bouffier demonstrierende Polizisten 2007 in Baunatal als „Krawallmacher“ bezeichnet hat. Am Ende war es die Arroganz vor Andersdenkenden und der durch demonstrierende Polizisten im Raume stehende Verlust an öffentlicher Integrität und Reputation der Landesregierung zur Polizei. Es war fehlendes Demokratieverständnis und ein befürchteter Imageverlust bei der öffentlichen Debatte um die Kompetenz der inneren Sicherheit.

Man fürchtet es bis heute, wenn die Polizei ein Selbstbewusstsein entwickelt und, getragen durch Gewerkschaften, Alternativen und dabei natürlich auch konstruktive Sichtweisen formuliert, die mit Einsparprogrammen eben nicht kompatibel sind.

Wenn die Polizei dabei noch öffentlich wirksam auf die Straße zieht, ist der „Super-GAU“ nur noch mit einem Trageverbot für die Uniform etwas abzumildern. Alleine das Uniformverbot bei Demonstrationen, übrigens das einzige in ganz Deutschland, zeugt von einem überholten, aus feudalherrschaftlicher Zeit stammenden Denken. Im 21. Jahrhundert hat diese Zensur einer rechtsstaatlichen Polizei keinen Platz mehr.

Ganz offensichtlich soll Polizei aber einfach nur (noch politisch) funktionie-

ren. Sie soll gerade immer das umsetzen, was aus Sicht der Landesregierung opportun ist. So konnte die CDU mit dem früheren Koalitionspartner FDP mühelos ihre in Beton gegossene Haltung zur zwangsweisen Kennzeichnung der Polizei in Hessen öffentlich bekunden und sogar deutschlandweit in dieser Debatte mit Bayern die Meinungsführerschaft übernehmen. Dies wurde von vielen Kolleginnen und Kollegen sehr positiv und mit Genugtuung aufgenommen und auch so intern kommuniziert. Die Rolle rückwärts der CDU in dieser Frage, aber vor allem die schon fast unerträgliche Begründung eines „Vertrauensvorschlusses“, den wir in Richtung von Demonstranten geben sollen, hat Enttäuschung, Unverständnis und Wut hervorgerufen. Ähnlich wie der „Baunataler Krawallmacher“ wird die vom Koalitionspartner aufgezwungene Kennzeichnung im kollektiven Gedächtnis der Kollegen hängen bleiben.

Ähnlich ist es uns bei der Erschwerungszulage „DuZ“ ergangen. Vor der Landtagswahl wurde uns noch eine Erhöhung ebenso in Aussicht gestellt wie die Fortführung des Hebungsprogrammes. Alles Schnee von gestern. Vor der Wahl ist eben nicht nach der Wahl. Gleichwohl haben viele Kolleginnen und Kollegen ihre Schlüsse gezogen.

Es ist nun aber an der Zeit, sich endlich inhaltlich dem Protest demonstrierender Polizistinnen und Polizisten anzunehmen. Den „Notruf“ von 4000 Kolleginnen und Kollegen von der Straße einfach zu ignorieren, wird die Probleme nicht lösen und den Protest schon gar nicht beenden können.

Die Belastungssituation der Polizei wird in Zukunft nicht besser werden. Alleine die PEGIDA-Bewegung bindet wöchentlich Tausende von Kolleginnen und Kollegen zusätzlich im Einsatz. Tendenz steigend. Die Politik hat keine Antworten. Der Streit um den politischen Umgang mit dem Phänomen verliert sich momentan in Richtungsdebatten und blendet die



zusätzlichen Belastungen bei der Polizei weitgehend aus.

Sich zusammenrottende, gewaltbereite Hooligans und Rechtsradikale leben ihren Hass gegen die Polizei öffentlich und mit massiver Gewalt aus und stellen ein weiteres Phänomen zusätzlicher gefährlicher Belastungen dar.

In so einer Zeit eine Nullrunde und 1% Almosen zu platzieren und gleichzeitig den Arbeitgeberanteil bei der Krankenkasse der Polizisten um 20 Millionen Euro zu kürzen, sind dreiste Zumutungen und alles andere als Ausdruck einer ernst gemeinten Wertschätzung, wie wir sie von Sonntagsreden kennen.

Aber auch die massiven Einschnitte und Sonderopfer der Vergangenheit sind nicht vergessen. Das Maß war und ist nun endgültig voll und hat die Kolleginnen und Kollegen in Hessen in großer Solidarität auf die Straße gerufen.

Die Landesregierung ist gut beraten, in einen ernst gemeinten Dialog mit der GdP einzutreten. Wir verschließen uns vor keiner Diskussion.

Es muss eine Debatte jenseits einer Nullrunde und der Kürzung von 20 Millionen bei der Beihilfe möglich sein. Wenn sich die Landesregierung in diesen beiden zentralen Fragen nicht bewegt, werden wir uns wieder bewegen – und zwar nach draußen auf die Straße. Den langen Atem, den wir dafür brauchen, habe ich am 15. Dezember in Wiesbaden und Kassel deutlich wahrnehmen können.

Andreas Grün,
Landesvorsitzender GdP Hessen



GdP-Kundgebung in Wiesbaden

Im Auftrag von über 18 000 Polizeibediensteten

Die Gewerkschaft der Polizei hat zur Kundgebung aufgerufen – über 2000 Menschen kamen nach Wiesbaden, um Flagge zu zeigen.

Bereits mit Bekanntwerden der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen hat die GdP mehrere Gespräche mit den politisch Verantwortlichen geführt. Hier wurden Beihilfekürzungen, Stellenstreichungen und ein mehrjähriger Gehaltsverzicht scharf kritisiert.

Mit dem Blick auf die bevorstehenden Haushaltsdebatten haben wir bereits vor Monaten begonnen, die Weichen für ein deutliches, öffentliches Signal zu stellen. Die Vorbereitungen für eine Demonstration, mitten in der Landeshauptstadt Wiesbaden, bedurften einer sehr intensiven Vorbereitung.

Peter Wittig, logistischer Vordenker, Versammlungsleiter und Verantwortlicher für den gesamten Ablauf, eröffnete die Kundgebung auf dem Wiesbadener Kranzplatz unmittelbar gegenüber der Staatskanzlei, nachdem auch die letzten Busse am Veranstaltungsort eingetroffen waren. Allen Teilnehmern, aber auch stillen Beobachtern bot sich ein fantastisches Bild.

Die Geschlossenheit und Solidarität konnte man förmlich greifen, noch bevor der erste Redner die Botschaften im Namen der hessischen Polizeibediensteten und des gesamten öffentlichen Dienstes klar, unmissverständlich und lautstark verkündet hatte.

Ministerpräsident Volker Bouffier blieb, nur wenige Meter vom Geschehen entfernt, der kraftvolle gewerkschaftliche Auftritt sicherlich nicht verborgen, während Innenminister Peter Beuth es vorzog, zeitgleich die Einführung der Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten pressewirksam aufzusetzen.

„Die GdP ruft zum solidarischen Zusammenstehen auf. Wir müssen die Reihen schließen und gemeinsam für unsere Rechte kämpfen – lasst uns gemeinsam wieder böse sein.“

Peter Wittig führte durch den gesamten Demonstrationsablauf, begrüßte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und kündigte die Redner an.



Peter Wittig

Andreas Grün eröffnete den Reigen der Redner für die Polizeibesetzten und griff bereits mit dem ersten Satz die Hessische Landesregierung scharf an und warf ihr vor, einen Koalitionsvertrag gegen den öffentlichen Dienst geschmiedet zu haben. Nach Auflistung der schier unerträglichen Streichungen, Kürzungen und dem Diktat des Lohn- und Gehaltsverzichts warf Andreas Grün der Landesregierung ein munteres „Weiter so“ vor. Ein unverantwortlicher Sozialabbau bei den Beschäftigten unter dem Deckmantel der Schuldenbremse überschreitet das Maß der Erträglichkeit. Unter Hinweis auf Streichungen, Stagnationen und Arbeitszeiterhöhung sowie der nachweisbaren Überlastung des gesamten öffentlichen Dienstes, im Besonderen bei der Polizei, durch Personalabbau skandizierte die Menge mehrfach ...

„Tatütata – nix mehr da!“

... und forderte die Politik auf, umzukehren und den hart arbeitenden Menschen bei Polizei und Feuerwehr die Wertschätzung entgegenzubringen, die sie sich Tag für Tag hart erarbeiten.

Harald Fiedler vom DGB, Erik Brumm, Personalratsvorsitzender der Feuerwehr Frankfurt, Karl Klute, Schutzmann der Polizeistation Idstein, sowie Heinz Schiskowsky vom GdP-Landesvorstand schlossen sich mit ihren Redebeiträgen an. In ihren Vorträgen prangerten sie die tief greifenden und folgenschweren Kürzungen immer wieder an und forderten zur Umkehr auf.

„Wer sich nicht einmal gedanklich an dem gewerkschaftlichen Abwehrkampf beteiligt, erklärt sich mit der

uns feindlich gesinnten Politik einverstanden.“

Das Jahr 2015 wird für den gesamten öffentlichen Dienst eine Nagelprobe. Selbst wenn wir in Anbetracht der großen Beteiligung an unseren Demonstrationen stolz auf unsere Kolleginnen und Kollegen sein dürfen, müssen wir noch enger zusammenstehen. Es ist und bleibt in höchstem Maße unverständlich, wenn man sich in einer so schwierigen Phase entsolidarisiert, während die GdP mit Kampfkraft und eisernem Willen versucht, die Reihen hinter sich zu schließen.

Auch in den kommenden Wochen und Monaten werden wir uns mit großer Entschlossenheit dieser Herausforderung stellen – hierfür benötigen wir die Unterstützung von allen Kolleginnen und Kollegen.

„Die Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen stehen hinter ihrer Polizei.“

In unzähligen Gesprächen, an GdP-Infoständen in mehreren Städten, haben wir ausschließlich ermutigende Unterstützung von den Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Die Menschen, um deren Schutz wir uns Tag und Nacht redlich und aufopferungsvoll bemühen, haben längst verstanden, dass die hessische Polizei kein Opfer einer verfehlten Sparpolitik werden darf. Und unter den Deckmantel, der vom Volk gewollten Schuldenbremse, passt der gesamte öffentliche Dienst schon längst nicht mehr drunter. Der Arbeitsfrust quillt schon aus allen Poren und wird den hierfür politisch Verantwortlichen bereits in Kürze sehr deutlich vor Augen führen, welchen unsozialen Irrweg sie eingeschlagen haben.

Unsere nachfolgenden Generationen brauchen neben einer verantwortlichen Finanzpolitik an erster Stelle einen starken, sozialen Frieden – einer der Garanten hierfür sind wir, die hessischen Polizistinnen und Polizisten.

„Lasst uns gemeinsam wieder böse werden“, so der erneute Aufruf von Peter Wittig zum Ende der Kundgebung und in Ankündigung weiterer GdP-Aktionen.

Lothar Hölzgen



DEMO WIESBADEN



DEMO KASSEL



DEMO KASSEL

Die GdP rief, und alle kamen!

Demo mit Kundgebung in Kassel am 15. 12. 2014

Der böse blickende GdP-Ritter auf allen Titeln des Reportes in ganz Hessen verkündete schon Anfang Dezember, dass es den Kolleginnen und Kollegen der GdP nun endgültig reicht! Unser Ritter und die Berichterstattung lies die schwarz-grüne Landesregierung erahnen, dass wir uns nicht widerstandslos erneut mit den Kürzungen bei der Beihilfe und dem Lohndiktat tief in die Tasche greifen lassen. Erzürnt hatte uns auch der geplante Stellenabbau im Tarifbereich.

Die Landesregierung lies diese Ungerechtigkeiten für die Beschäftigten der Polizei anfangs verdeckt in den neuen Haushaltsentwurf aufnehmen. Da am 16. 12. die zweite Lesung dieses Haushalts stattfand, entschloss sich die GdP Hessen, bereits am 15. 12. in Wiesbaden und Kassel ein ganz deutliches Zeichen zu setzen.

Nach umfangreichen Planungen, Informationen in den Zeitschriften und den Jahreshauptversammlungen der Kreisgruppen waren wir uns sicher, viele Kolleginnen und Kollegen für die Proteste angesprochen zu haben.

In Kassel meldete Michael Rudolph vom DGB Nordhessen die Demo und Kundgebung für alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unter dem Dach des DGB bei der Versammlungsbehörde an. Auch in diesem Kreis wurden viele Sitzungen und Planungen gemeinsam durchgeführt.

Alle Planer freuten sich, dass nun endlich der 15. 12. näher kam und es dann auch wirklich losgehen konnte. Leider konnten wir alle nicht wissen, dass es in Kassel seit Anfang Dezember eine KAGIDA-Kundgebung gab, die jeden Montag einen sehr großen Kräfteinsatz der Polizei erforderlich machte.

Aber unser Protesttag lies sich nicht mehr verschieben, zu viele Behörden, Gewerkschaften und Kolleginnen und Kollegen waren informiert und bereit, in Kassel auf die Straße zu gehen.

Den Einsatz, an dem mehrere 100 Kolleginnen und Kollegen beteiligt waren, würde unser Vorhaben sicher schwächen.

Endlich war es dann soweit. Vormittags regnete es noch ordentlich. Sollten wir nun auch beim Wetter noch Pech haben? Mit einigem Vorlauf trafen sich die Kolleginnen und Kollegen

des Vorstandes der BZG NH vor dem Staatstheater in Kassel, bauten den GdP-Tisch mit den Leibchen, Mützen, Pfeifen und Ratschen auf. Besonders erfreulich war, dass viele Pensionäre unserem Ruf gefolgt waren ebenso wie auch der Schulterschluss in Kassel mit der DPoIG und dem BdK, deren Mitglieder gemeinsam mit uns auf die Straße gingen. Bedanken möchte ich mich auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Tarif für die tatkräftige Unterstützung.

Ab 15 Uhr strömten dann die Massen aus allen Richtungen auf den Friedrichsplatz vor dem Staatstheater. Dieses Bild wird für mich unvergesslich bleiben!

Die Busse aus Osthessen mit Ewald Gerke, aus Mittelhessen mit Lothar Luzius, aus Eschwege, Frankenberg und Homberg erreichten unseren Sammelpunkt. Viele Kolleginnen und Kollegen nutzten auch die Bahn und Regio- tram für die Anreise nach Kassel. Alle Kreisgruppen der BZG Nordhessen schickten die Mitglieder auf die Straße.

Besonders erfreut waren wir über die Unterstützung des stellv. Bundesvorsitzenden der GdP, Dietmar Schilff, der extra mit Kollegen aus Braunschweig anreiste. Ebenso kam unsere GdP-Kollegin Susi Klose mit Kollegen aus Nordrhein-Westfalen zu unserer Veranstaltung, die in Uniform demonstrierten.

Die Bundespolizei mobilisierte in Kassel aus Solidarität ebenfalls ihre Mitglieder und auch die GdP bei den Standorten des Zolls und des Ordnungsamtes in Kassel schickte ihre Leute zu uns.

So stellt man sich die Solidarität in der GdP-Familie vor! An euch alle ein herzliches Dankeschön für euren Einsatz in Kassel!

Aber wir hatten ja eine DGB-Veranstaltung und so war es sehr erfreulich, dass auch viele Lehrer der GEW, Kolleginnen und Kollegen von ver.di aus allen Bereichen und die anderen ÖD-Gewerkschaften ihre Mitglieder mobilisieren konnten. Besonders beeindruckend waren die Kollegen der Kasseler Berufsfeuerwehr, die mit ca. 50 Mann in Uniform dabei waren. Es kamen aber auch viele Bedienstete der JVA Kassel, die zurzeit nicht organisiert

sind und gern in die GdP eintreten möchten. Sie wurden herzlich empfangen und mit unserer GdP-Demo-Ausstattung und -Plakaten ausgerüstet.

Andreas Grün und Sandra Temmen fuhren direkt von der Kundgebung in Wiesbaden zu uns nach Kassel. Harald Dobrindt marschierte mit Georg Otto für den Landesvorstand ebenfalls bei uns mit. Auch unser stellv. Vorsitzender der JUNGEN GRUPPE Bund, Christoph Möhring, war vor Ort.

Die Kreisgruppen waren äußerst kreativ und trugen z. B. in einem selbst gebauten Sarg die innere Sicherheit zu Grabe. Viele gelungene Transparente und Plakate wurden den Vertretern der Presse entgegengehalten. Auch unser GdP-Ritter war auf den Plakaten oft vertreten. Die Presse war aus allen Bereichen (TV, Radio und Zeitung) anwesend.

Der Zug setzte sich mit der GdP an der Spitze schließlich in Bewegung. Es ging mit ca. 2000 Teilnehmern den Steinweg hinunter, über den Altmarkt zum Stern und von dort in die Fußgängerzone der Kasseler Innenstadt, direkt durch den Weihnachtsmarkt zum Kundgebungsort, dem Scheidemannplatz. Hier warteten schon viele Kolleginnen und Kollegen auf uns, die sich im Einsatz gegen die KAGIDA befanden.

Auf dem Scheidemannplatz begann Michael Rudolph mit einer feurigen Rede, die uns alle sehr mitnahm. Er sprach von dem in diesem Jahr verlogenen Lob für die hervorragende Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, dass von der Landesregierung vor Weihnachten immer für die Beschäftigten ausgesprochen wurde. Michael sprach aus, was alle auf dem Platz dachten.

Nun war der Platz schon in Wallungen gekommen, als mit Andreas Grün der zweite und letzte Redner dieses Nachmittags auf die Bühne trat. Unser Landesvorsitzender begann seine überaus kämpferische Rede mit dem Satz: „Ich will gar nicht klein anfangen ...“. Er ging dann auf die geplanten Beihilfekürzungen, das Lohndiktat, den Stellenabbau, den Überstundenberg und die Personalnot bei

Fortsetzung auf Seite 6



DEMO KASSEL

Fortsetzung von Seite 5

der Polizei ein. Diese emotionale Rede wird allen in Erinnerung bleiben. Vor allem der Spruch der Bundespolizei: „Tatütata – nix mehr da!“.

Nach einem kräftigen Applaus ging es dann für viele Teilnehmer noch ein-

mal auf den Weihnachtsmarkt zur Nachbereitung des Nachmittages.

Das deutliche Signal an die Landesregierung war: Wertschätzung für gute Arbeit sieht anders aus! Lasst die Finger von der Beihilfe und dem Lohndiktat!

Wer nicht dabei sein konnte, kann sich Andreas' Rede, den Bericht der Hessenschau und viele Fotos aus Wiesbaden und Kassel auf der GdP Homepage anschauen.

Lasst uns weiter für unsere Sache kämpfen! Dies war nur der Anfang! Die GdP ist bereit! *Stefan Ruppel*

HESSENWEIT INFOSTÄNDE

Weitere Infostände in Darmstadt und Frankfurt



Team Südhessen in Darmstadt



Tim Türke im Bürgergespräch

Die GdP-Bezirksgruppen Südhessen, Frankfurt und Südosthessen waren pünktlich zu den Weihnachtsmärkten in den Fußgängerzonen in Darmstadt und Frankfurt präsent, um die Bürgerinnen und Bürger über die geplanten Einsparungen bei der Polizei zu informieren. Im Vorfeld hatten schon in anderen Städten Hessens gleichartige Veranstaltungen stattgefunden.

Das Medieninteresse an den Aktionen war groß; u. a. berichteten Zeitungen aus Darmstadt, Frankfurt und Offenbach über die Aufklärungskampagne. Das Darmstädter Echo titelte „Polizeibeamte klagen über mehr

Aufgaben mit weniger Personal – Protest – Die Polizei verliert den Spaß an ihrer Arbeit“.

Man hätte es gar nicht besser auf den Punkt bringen können. Mit großer Zufriedenheit haben die Gewerkschafter die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen. Zusammenfassend können wir die Reaktionen der angesprochenen Passanten wiedergeben. Es sei eine Unverschämtheit, die anfallende Arbeit auf den verbleibenden Personalkörper zu verteilen. Die Bevölkerung hat kein Verständnis, dass bei der Polizei überhaupt Personal eingespart wird.

Schon gar nicht haben sie Verständnis dafür, dass Polizisten Arbeiten von qualifizierten Tarifbeschäftigte erledigen sollen. Einige sind vom Glauben gefallen, dass der Dienstherr seinen Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung kürzen möchte. Ein Bürger antwortete spontan, dass es eine große Schweinerei sei, die Polizisten so zu behandeln. Dies bedarf keiner Kommentierung und es ist gut zu wissen, dass der Großteil der Bevölkerung auf unserer Seite steht.

Deshalb gehen die Beamten jetzt auf die Straße.

Antonio Pedron



Der Infostand in Frankfurt



Trotz des Regens gute Laune



Klausurtagung der Frauengruppe

Zum Ende des vergangenen Jahres fand wieder die traditionelle Klausurtagung des Landesfrauenvorstandes der GdP-Frauengruppe Hessen in Willingshausen-Zella statt. Die Frauen kamen zwei Tage im November mit ihrer Vorsitzenden Sandra Temmen zusammen, um eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Sie konnten auf ein ereignis- und erfolgreiches Jahr zurückblicken. So fand gleich zu Beginn des Jahres die 6. Bundesfrauenkonferenz in Potsdam statt. Hier wurden zahlreiche Anträge aus den Landesfrauengruppen beraten und beschlossen, die u. a. auch an den Bundeskongress weitergereicht wurden. Die hessische Delegation hat sich besonders über den Ausgang der Wahlen zum geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand gefreut. Alle Kolleginnen wurden mit einem hervorragenden Ergebnis ausgestattet und erhielten somit wieder das vollste Vertrauen für die nächsten vier Jahre. Die Frauengruppen haben sich auf Bundes- und Landesebene für die nächsten Jahre viel vorgenommen. Auch fand zu Beginn des zurückliegenden Jahres der hessische Landesdelegiertentag statt. Dort wurden ebenfalls zahlreiche Anträge, die u. a. die Frauenarbeit im Land und direkt vor Ort und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hessen vorantreiben sollen, beraten und beschlossen. Ein kritischer Rückblick über die Art und Weise der Antragsberatung wurde allerdings auf der Klausurtagung nochmal vorgenommen. Auch zeigten sich die Kolleginnen enttäuscht von der einen oder anderen Diskussion um Anträge des Bundesfrauenvorstandes auf dem Bundeskongress in Berlin. Hier muss sich unbedingt etwas verändern, wir alle werden daran arbeiten, so die Vorsitzende auf der Klausurtagung.

Die Information darüber, dass die AG Vereinbarkeit Beruf und Familie auf Bundesebene unter der Leitung von Martina Filla (NRW) mit neuer Besetzung fortgesetzt und um die Themen „Versorgung pflegebedürftiger Angehörige“ und „Altersarmut von Frauen“ erweitert wird, stieß auf volle Zustimmung und Unterstützung. Für Hessen wird Elke Oswald (FFM) in dieser AG mitarbeiten und die hessischen Belange mit einfließen lassen.



Die Frauengruppe mit Andreas Grün und Lothar Hölzgen

Der weibliche Mitgliederanteil hat sich bundesweit übrigens um 1,4% erhöht (der männliche Anteil um 0,6%). Der aktuelle weibliche Bestand beläuft sich auf 40 565 Mitglieder; dies entspricht einem prozentualen Anteil von ca. 23,4% (Stand 30. September 2014). Allerdings sehen wir auch mit Sorge den Rückgang der Einstellungszahlen bei den Frauen. Diese sind seit 2009 kontinuierlich zurückgegangen. Derzeit liegen die Einstellungszahlen von Frauen bei durchschnittlich 28% auf Bundesebene. Folgende Fragen gilt es hierzu in den nächsten Wochen, Monaten zu beantworten: Wurden die Bewerbungsverfahren verändert, sodass Frauen seltener die Chancen haben, die Einstellungstests zu bestehen? Wie verhält sich der Proporz zwischen den Bewerber- und Einstellungszahlen/zwischen Frauen und Männern? Sind gar die Bewerbungen von Frauen zurückgegangen? Wenn ja, welche Gründe könnten es gewesen sein? Gründe u. a. könnten auch sein, dass die Zusagen spät eingehen, sodass sich die Frauen dann für einen anderen Beruf entscheiden; auch besteht eine größer werdende Konkurrenz mit der „freien Wirtschaft“.

Am zweiten Tag konnten die Frauen den neuen Landesvorsitzenden Andreas Grün und Lothar Hölzgen, der nach wie vor im geschäftsführenden Landesvorstand für die Frauengruppe zuständig ist, begrüßen. Beide hielten ausführliche gewerk-

schaftliche Situationsberichte und stiegen in interessante Diskussionen mit dem Frauenvorstand ein.

Abschließend zeigte sich die Vorsitzende darüber erfreut, dass es für das Jahr 2015 gelungen ist, zwei Sponsoren für die 2. Auflage des Familienkalenders zu finden. Auf diesem Wege bedankt sich der Landesfrauenvorstand nochmals bei der VdP, der Signal Iduna Hessen und der DGB Rechtsschutz GmbH. Ohne deren Bemühen hätte der Familienkalender im nächsten Jahr nicht realisiert werden können. Dieser Kalender wurde mittlerweile in allen Bezirksgruppen verteilt.

STem



Dräger-Test-Erlöse vom Hessentag 2014 an die Hessische Polizeistiftung übergeben

Jeder kennt sie, die Alkoholkontrollen unserer Polizei, egal bei welchem Anlass, immer eine unangenehme Situation für die Betroffenen. Diesmal nicht auf unserem Hessentag im Sommer letzten Jahres in Bensheim, denn hier hieß es: „Pusten für einen guten Zweck“! Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund auf dem Hessentag 2014 in Bensheim Spenden für die Hessische Polizeistiftung beim Hauptpersonalrat der Polizei eingesammelt, welche oft über Jahre hinweg die in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Familien und Angehörige betreut.

„**Verdacht auf Alkoholkonsum erwünscht**“ war die Devise für den ein oder anderen, der mal ohne Stress testen wollte, wie zuverlässig die Dräger-Geräte funktionieren. Einmal mit der Polizei in einem ganz entspannten Rahmen über Alkoholkonsum und dessen Auswirkungen diskutieren, das war es, was unseren Stand so interessant machte. Hier konnten Hemmschwellen abgebaut werden und es zeigte sich mal

wieder, dass Polizisten auch nur Menschen sind. Für einen Euro, der auch noch einem guten Zweck zugutekam, war man dabei. Die Frequenz war groß und so konnten 1300,98 € für die hessische Polizeistiftung gesammelt werden. In einer kleinen feierlichen Sitzung am 1. 12. 2014 wurde durch den südhessischen Vorstand Jens Mohrherr ein symbolischer Scheck in der oben genannten Höhe übergeben. Jens freute sich riesig über die Spende, die durch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter der südhessischen Federführung erst möglich wurde.

Unser besonderer Dank gilt der Drägerwerk AG & Co. KGaA aus Lübeck für die beispiellose Unterstützung unserer Aktionen. Hier bedankt sich der Bezirksgruppenvorstand noch einmal bei allen Helfern für den unermüdlichen Einsatz beim Hessentag. Ein besonderer Dank geht hier auch noch einmal an die Kollegen aus Nordhessen, die uns mit Standaufsichten und Handreichungen über zwei Tage unterstützten. Ohne die selbstlose Hilfe bei solchen



Jens Mohrherr nimmt den Scheck für die Polizeistiftung entgegen.

Großveranstaltungen geht auch am kleinsten Stand nichts. Das Ergebnis der Sammelaktion spiegelt dies eindrücklich wider.

Kritisch anzumerken bleibt, dass eine Spendenübergabe an die Stiftung in einer Polizeiliegenschaft mit der örtlichen Presse verwehrt wurde. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass eine Gewerkschaft der Polizeistiftung beim Hauptpersonalrat der Polizei sich nicht medial begleiten lassen darf.

Günter Blitz/Antonio Pedron



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

JUBILARE

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Bruno Hoffmann
Ludwig Hoß
Anton Jagiela
Dirk Poppelreuter
Markus-Peter Utzig
Bezirksgruppe Frankfurt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Erna Bartsch
Martha Budras
Rainer Kornet
Stefan Weber
Bezirksgruppe Frankfurt

NACHRUFE

*Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen –
trauert um folgende verstorbene Kollegen:*

Hans Rudi Dorn
Hannelore Friederich
Reinhold Stamm
Bezirksgruppe Frankfurt
Wolf-Rüdiger Simoneit
Kreisgruppe HLKA
Hans-Peter Rösser
Kreisgruppe Marburg-
Biedenkopf

Norbert Schabacker
Kreisgruppe Kassel
Hansgünter Kämpffe
Kreisgruppe Butzbach
Rudolf Bastian
Kreisgruppe Offenbach
Josef Gruber
Kreisgruppe Wiesbaden
Wilfried Zehner
Kreisgruppe HLKA

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

